

PUTIN, POROSCHENKO UND HOLLANDE ZU GAST BEI MERKEL

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am Mittwoch in Berlin die Präsidenten Frankreichs, Russlands und der Ukraine im Empfang genommen. Gesprächsthema war die Krise in der Ukraine und die Umsetzung der Minsker Friedensvereinbarungen sowie der Krieg in Syrien.

Insgesamt dauerten die Gespräche mehr als sechs Stunden. Vorschritte gab es bei den Verhandlungen über den Konflikt in der Ostukraine. Nach den jüngsten Beschlüssen soll es einen Fahrplan für die Umsetzung des Friedensplans und Truppenentflechtung geben. Laut den Angaben des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, werde es in dem Bürgerkriegsgebiet im Donbass eine bewaffnete Polizeimission unter der Führung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa geben.

Das zweite große Thema war die Lage in Syrien. „Die Situation ist noch desaströser geworden und das ganz klar durch russische und syrische Luftangriffe,“ so die Bundeskanzlerin Angela Merkel am Tag vor Gipfeltreffen. Auch bei diesem Thema gibt es leichte Fortschritte. Schon am Dienstag stellte Russland die Bombardements auf die Syrische Stadt Aleppo ein und verlängerte, die für Donnerstag geplante Feuerpause auf elf Stunden. Das Ziel der Verlängerung ist es, die notleidende Bevölkerung in Aleppo mit der humanitären Hilfe zu versorgen. Am Verhandlungstisch mit Merkel und Hollande erklärt Putin, er sei außerdem bereit die Waffenruhe erneut zu verlängern, wenn sich auch die anderen bewaffneten Gruppen in Aleppo dazu bereit erklären würden.

Trotz der Skepsis der französischen Präsidenten gegenüber Putins Äußerungen, betont die Bundeskanzlerin, „es [sei] dringend notwendig, immer wieder solche Treffen zu machen, um das Momentum nicht zu verlieren“.

KOMMENTAR

»Verantwortungslose Banken zur Rechenschaft ziehen«

Von Heino Wiese

Die Deutsche Bank steht in den USA vor einer Strafzahlung in Höhe von fünf bis 15 Milliarden Dollar für das Packen und den Vertrieb der sogenannten Schrottpapiere vor der internationalen Finanzkrise. Die amerikanische Justizministerin Loretta Lynch, die auch (in wessen Auftrag auch immer?) gerade die FIFA beinahe zerschlagen hat, reagierte prompt. Die Demokratin packt aber auch eine Reihe anderer Banken, darunter auch Goldman Sachs, am Schlafittchen. Gerade jene Kreditinstitute, die am Ausmaß der Finanzkrise eindeutig beteiligt waren, sollen nun zur Rechenschaft gezogen werden.

Ich frage mich, wann sich die deutsche Justiz auf den Weg macht, und Goldman Sachs und die anderen Großbanken, die unsere Landesbanken sowie die IKB in den Ruin getrieben haben, entsprechend belangt werden? Und ob man sich vor allem um die großen Rating-Institute kümmern wird, die nicht nur beim Rating der Schrottpapiere mit Triple-A beteiligt waren, sondern unsern Geldinstituten offensiv dazu geraten haben, diese Papiere zu kaufen, um damit selbst ein besseres Rating zu erhalten?

Ich finde, da könnten sich Wolfgang Schäuble und Heiko Maas einmal ein Beispiel an Frau Lynch nehmen. Das eingeklagte Geld könnten wir in einen Innovationsfonds nach Vorschlag von Gabriel einzahlen!

BUNTES AUS BERLIN

FÜHRUNGEN DURCH DAS VIETNAMESISCHE DONG XUAN CENTER

Ob Urberliner oder Neuankömmling - für viele ist das Lichtenberger Dong Xuan Center die beste Anlaufstelle, um vor allem günstige asiatische Lebensmittel zu kaufen.

Das 2005 gegründete 90.000 Quadratmeter große Handelszentrum für Textilien, Leder und Elektronik bedeutet "Frühlingswiese" und hat sich im kulturellen Leben der vietnamesischstämmigen Bevölkerung etabliert. Dienstleister wie Friseure, Steuerberater, Rechtsanwälte und Reisebüros sind dort ebenfalls zu finden.

Mittlerweile bietet das Dong Xuan Center auch Führungen an. Dabei erhalten die

Besucher einen Überblick über die Geschichte der vietnamesischen Community in Berlin, die Bedeutung des Handelszentrums und die zukünftige Entwicklung des Centers. Beispielsweise ist auf dem Gelände die Errichtung der "Asia Town" mit Freizeitangeboten geplant. Der Tourguide Minh Nguyen Huu spickt die sachlichen Fakten mit persönlichen Anekdoten und Beispielen. Eine Führung dauert anderthalb Stunden und kostet 8,50 Euro. Kinder unter 14 Jahren erhalten kostenlosen Eintritt. Die Führungen finden ausschließlich an den Wochenenden statt.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-Id.Nr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement:
Alice Greschkow, Evgenia Laznik
Telefon 030.810588811
Auflage: 3.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. - Versand- u. Büroservice Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschkow, Wiese Consult erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv <http://wiese-consult.com/hauptstadt-insider/informationen/>



INSIDER

WARUM DIGITALISIERUNG NICHT IN ALLEN UNTERNEHMEN ANKOMMT



Von Matthias Ilgen MdB (SPD), Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie

Dass die Digitalisierung unsere Arbeits-, Unternehmens- und eigentlich unsere gesamte Lebenswelt beeinflusst, ist Land auf Land ab in jedem zweiten Artikel zu lesen. Die Frage stellt sich vielmehr, wo Digitalisierung bisher nicht ankommt und weshalb nicht, insbesondere was das Unternehmertum betrifft.

In großen Unternehmen werden solche Prozesse und Formen der Abwicklung professionell implementiert. Was jedoch ist mit den vielen mittleren und insbesondere kleinen Unternehmen (KMUs)? Digitalisierung ist immer auch eine Frage von Finanzierbarkeit. Insbesondere kleinen Unternehmen, aber auch vielen mittle-

ren, fehlt es an entsprechenden Mitteln. Zwar gibt es für KMUs spezialisierte Beratungsangebote - diese sind jedoch häufig nicht bekannt, oder werden aus unterschiedlichen Gründen nicht in Anspruch genommen.

Auch Mut spielt eine entscheidende Rolle - schließlich ist eine Umstellung bei laufendem Betrieb immer mit einem unternehmerischen Risiko verbunden. Hier käme es wieder auf kompetente Beratung an. Wenn beispielsweise der Mut so weit reicht, die komplette Wertschöpfungskette in die eigene Hand zu nehmen, ergeben sich plötzlich ganz neue unternehmerische Chancen: Vielen Betrieben, die bisher einzig als Zulieferer großer Ketten fungieren, ermöglicht Digitalisierung den Direktvertrieb an den Endkunden.

Leider ist die Möglichkeit, Betriebsabläufe und Geschäftsmodelle zu digitalisieren in Deutschland oft immer noch eine Frage des Standortes. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur ist noch nicht in jeder Region Deutschlands ausreichend erfolgt. Deshalb müssen wir auch weiterhin daran arbeiten, für alle Regionen gleiche Mindestvoraussetzungen bei der Breitbandanbindung zu schaffen. Was bisher geschehen ist, reicht noch immer nicht aus. Dafür werde ich mich weiter stark machen.

NAHLES OPTIMISTISCH BEI DIGITALISIERUNG

Am Dienstagabend diskutierte Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales, mit Josef Sanktjohanser, Präsident des Handelsverbands Deutschland, und Lionel Souque, Vorstandsmitglied von REWE, über die Zukunft der Arbeit im Rahmen des Auftakts des Fachforums „Handel und Konsumgüter“ im Wirtschaftsforum der SPD. Nahles warb dabei für eine höhere Tarifbindung, um trotz steigender Flexibilisierung fairen Lohn für Arbeitnehmer gewährleisten zu können. In Bezug auf die Digitalisierung in Unter-

nehmen zeigte sich die Bundesministerin optimistisch. Ihr sei bewusst, dass die Einstellung zur Digitalisierung stark polarisierend wirken würde - ein Teil der Bevölkerung fürchte Konsequenzen wie Stellenabbau, im Gegensatz dazu sehen viele andere den Trend als Chance für Innovation und neue Berufsfelder. Dennoch sei sich Nahles sicher, dass die Digitalisierung in Deutschland gestemmt werden kann, wenn bspw. Weiterbildungsangebote für Erwerbstätige stärker in Anspruch genommen würden.

DER EFFEKT DER PRÄSIDENTSCHAFTSDEBATTEN IN DEN USA - CLINTON GEWINNT AN PROFIL

Empirische Untersuchungen haben ergeben, dass politische Fernsehdebatten zwischen Spitzenkandidaten in der Regel einen sehr kleinen Effekt auf die Gunst der Wähler hat.

Unüblicherweise hat Hillary Clinton sich dieses Medieninstrument derart zunutze gemacht, dass mehrere "Swing-States" und klassisch republikanisch geprägte Staaten mittlerweile zur Kandidatin der Demokratin tendieren.

Vor der ersten Debatte hatte Clinton einen leichten Vorsprung von 1,5%, vor der zweiten Debatte lag der Vorsprung bei 5,6%,

vor der dritten Ausstrahlung hingegen bei 7,1% und dürfte einen neuen Höhepunkt erreichen.

Bemerkenswert an dem Verlauf der drei Debatten ist, dass Clinton das Narrativ verändern konnte. Während sie auch vom linken Flügel ihrer Partei als unsympathische schlechte Kandidatin kritisiert wurde, die nur Chancen hat, weil ihr Kontrahent noch mehr Schwächen aufweist, arbeitete sie an einem neuen strategischen Branding: Clinton als präsidientale Frau, die aufgrund von Kompetenz und Erfahrung als Präsidentin der USA geeignet ist.

EON VERBUCHT WEITERE VERLUSTE

Nach einem schwierigen Jahr 2015 und über sieben Milliarden Euro Verlust, ist für den Energieriesen Eon auch 2016 ein schlechtes Jahr, wie das Handelsblatt berichtete. Sowohl interne, als auch externe Faktoren belasten Eon.

Aufgrund des neuen geplanten Gesetzes zur Atomhaftung, das am Mittwoch auf den Weg gebracht wurde, könnten sich der Nettoverlust weiter erhöhen. Eon begrüßte das Gesetz in einer offiziellen Stellungnahme und wolle die Zusammenarbeit mit den öffentlichen Institutionen prüfen. Dem Gesetzesentwurf nach sollen von den Atomkonzernen über 23 Milliarden Euro in einen Fonds eingezahlt werden, um den Ausstieg aus der Atomkraft zu bewältigen. Im Gegenzug werden die Energieversorger allerdings von der Verantwortung befreit, End-

lager für Autommüll suchen zu müssen. Ein weiterer externer Grund für die schlechte Bilanz ist der niedrige Zinsskurs - Eon hat perspektivisch für den Abriss seiner Atommeilen neun Milliarden geplant, jedoch könnten sich die Kosten erhöhen. Zudem ist der Verfall des Strompreises im Großhandel ein Problem, das allen Energieversorgern zu Schaffen macht. Dennoch reagiert die Börse gelassen. Es gibt jedoch auch interne Herausforderungen, die der Energieversorger stemmen muss: Die Abspaltung der Kraftwerks- und Handelstochter Uniper hat allein drei Milliarden Euro verschlungen. Eon-Chef Johannes Teysen betrachtet 2016 als Übergangsjahr und sieht keine langfristige Bedrohung für das Unternehmen.

RATINGAGENTUR FITCH: ELEKTROAUTOS KÖNNTEN ÖLBRANCHE ZERSTÖREN

Die Ratingagentur Fitch hat unterschiedliche Szenarien für den Einfluss von Elektroautos auf die Ölindustrie erstellt und im schlimmsten Fall könnten die innovativen Automobile der Beginn der Todesspirale für die Branche sein.

Nicht nur der perspektivisch niedrige Bedarf an Benzin wird problematisch - Elektroautos sollen in zehn Jahren 50% des Marktanteils in Europa und den USA ausmachen. Dies würde zu signifikanten Verschiebungen bei Investitionen und auf

dem Aktienmarkt führen. Durch den Kauf von Aktien im Bereich der Elektromobilität, könnten Ölunternehmen stark entwertet werden und der Zugang zu Kapital würde zusätzlich erschwert.

Fitch prognostiziert zudem einen großen Einfluss auf die Stromerzeuger: Unternehmen, die Energie primär aus fossilen Brennstoffen gewinnen, wären ebenfalls bedroht. Gewinner hingegen könnten Wind- und Solarkraft sein - mit Elektroautos eröffnen sich auch Speichermöglichkeiten.



TESLA STELLT SELBSTFAHRENDE MODELLE VOR

Der US-Autobauer Tesla hat am Mittwoch neue Fahrzeugmodelle vorgestellt. Das besondere: die neuen Autos sind dank eines Software-Updates dazu imstande selbst zu fahren.

Die autonomen Fahrzeuge sind mit 360°-Kameras ausgestattet, die einen Blick mit Reichweite von 250 Meter ermöglichen. Um die Sicherheit zu gewährleisten, sind zwölf Ultraschallsensoren angebracht, die sowohl weiche, als auch harte Objekte erkennen. Zusätzlich hilft ein Radarsystem dabei, durch Staub, Nebel und Starkregen zu blicken.

Die Modelle sind bisher allerdings nicht zum Verkauf zugelassen. Tesla gibt an, dass mehrere Millionen Kilometer Probefahrten und Feinjustierungen notwendig sind, bis die Fahrzeuge in Serie verkauft werden können.

Obwohl einige Funktionen wie die automatische Notbremse bisher nicht aktiviert sind, betont Tesla-Chef Musk, dass es sich bei den neuen Modellen um die sichersten Fahrzeuge auf dem Markt handeln wird, wenn sie freigegeben sind. Vor allem Alltagsunfälle, bei denen Menschen zu Schaden kommen, sollen unterbunden werden.

PERSONALIEN

ZIEMIAK ALS BUNDESVORSITZENDER DER JUNGEN UNION WIEDERGEWÄHLT

Paul Ziemiak (31, CDU) ist am 14. Oktober auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Paderborn als Bundesvorsitzender wiedergewählt worden. Er erhielt 85 Prozent der Delegiertenstimmen. Am 15. Oktober wurde er zudem einstimmig zum Spitzenkandidaten der Jungen Union für die Bundestagswahl 2017 gewählt. Ziemiak ist zudem Vorsitzender der CDU Iserlohn.

GRÜTTERS SOLL CHEFIN DER BERLINER CDU WERDEN

Kulturstaatsministerin Monika Grütters (54) ist am 14. Oktober einstimmig vom Präsidium sowie Landesvorstand der CDU Berlin als Kandidatin für den Landesvorsitz nominiert worden. Die Wahl findet auf einem Kleinen Parteitag am 2. Dezember statt. Der bisherige Landesvorsitzende Frank Henkel hatte am 13. Oktober erklärt, dass er sein Amt so bald wie möglich abgeben wolle. Mit diesem Schritt zog er Konsequenzen aus dem schlechten Abschneiden der CDU bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhauswahl im September.

KAS MIT DEM LITAUISCHEN BOTSCHAFTER

Am 27. Oktober findet eine Gesprächsveranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in der Reihe „Europabilder“, u.a. mit dem litauischen Botschafter S.E. Deividas Matulionis und dem Gründer von InterNations Malte Zeeck ab 19 Uhr statt. Der Botschafter wird dabei einen Input zu seiner Zukunftsvision der EU halten, vor dem Hintergrund der jungen EU-Mitgliedschaft eines ehemaligen Sowjetstaats. Litauen ist zudem das neuste Mitglied der Eurozone und trat der Währungsunion am 1. Januar 2015 bei. Im Rahmen des Events werden auch Bilder ausgestellt, die unterschiedliche Aspekte der europäischen Geschichte sowie Kultur zeigen. Ort: Konrad-Adenauer-Stiftung - Akademie, Tiergartenstraße 35, 10785 Berlin. Eine Anmeldung ist erforderlich.

WORTE DER WOCHE

»Der Strafvollzug ist nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes Ländersache [...] wir sind auch nicht bereit, aufgrund dieses einen - sicherlich schwerwiegenden - Vorfalls per se allen Ländern die Kompetenz zur Unterbringung solcher Häftlinge abzusprechen.«
Bundesjustizminister Heiko Maas hat sich gegen ein zentrales Gefängnis für Terroristen in Deutschland ausgesprochen.

»Ich kann für die CSU nicht ewig den Libero machen. Einmal soll ich die absolute Mehrheit in München holen und dann die bayerischen Interessen in Berlin durchsetzen. [...] Wenn wir in Zukunft erfolgreich sein wollen, müssen wir uns personell verbreitern.«
Der CSU-Chef Horst Seehofer mit Blick auf seine Doppelfunktion als Parteichef und bayerischer Ministerpräsident der „Bild am Sonntag“.

»Wir haben eine tiefe Entfremdung zwischen Russland und dem Westen, und das wird immer gefährlicher.«
SPD-Russlandbeauftragter Gernot Erler (SPD) warnt vor einer militärischen Auseinandersetzung zwischen den USA und Russland.

»Nicht geschimpft ist genug gelobt.«

Wolfgang Schäuble, Bundesfinanzminister, über die Einigung zum Länderfinanzausgleich.

»Deutschland ist durchaus die Lokomotive in Europa und weltweit.«

Heiko Meyer, Deutschland-Chef von Hewlett Packard Enterprise, betont, das Deutschland-Geschäft stehe im weltweiten Konzerngefüge nicht schlecht da.

»Wir als Europäische Union haben keinen Knopf, auf den wir drücken können, damit das aufhört.«

Jean Asselborn, Luxemburgs Außenminister, zu den Handlungsmöglichkeiten der EU in der Syrien-Frage.

»Horst Seehofer hat einmal selbst gesagt, dass die Kraft der CSU in der Vereinigung der beiden Ämter liegt.«

Markus Söder, Bayerns Finanzminister, spricht sich gegen die von CSU-Chef Horst Seehofer angekündigte Trennung der Spitzenämter aus.

»Ich sehe durch den Kampf gegen den IS vor Ort keine zusätzliche Gefährdung von Deutschland - die Gefahr ist bereits hoch.«

Thomas de Maizière, Bundesminister, zur Sicherheitslage für Deutschland angesichts des Kampfs um die irakische Stadt Mossul.

»Manchmal liegt ein Erfolg schon darin, keine Eskalation zustande kommen zu lassen.«

Außenminister Frank-Walter Steinmeier will den Waffenstillstand für die Ukraine sicherer und stabiler zu machen.

»Die Zinsen mögen die Notenbanken gut im Griff haben. Aber hat die Politik diesen Prozess im Griff?«

Andreas Utermann, Vorstandsvorsitzender Vermögensverwalter Allianz Global Investors.

TERMINE

28.10. INSTITUT ZUR ZUKUNFT DER ARBEIT UND URANIA ZUM BREXIT

Diskussionsveranstaltung des IZA Instituts zur Zukunft der Arbeit und der Urania Berlin zum Thema „Der Brexit und seine ökonomischen Folgen – was sagen Wirtschaftsexperten?“, u.a. mit dem Abteilungsleiter Research, Industrie- und Wirtschaftspolitik des BDI Dr. Klaus Günter Deutsch, dem Wirtschaftswissenschaftler Prof. Michael Burda und dem Direktor des IZA-Forschungsnetzwerks Prof. Dan Hamermesh Urania Berlin, An der Urania 17, 10787 Berlin (kostenpflichtig)

2.11. VDEK ZUR ZUKUNFTSSICHERHEIT DER GESETZLICHEN KRANKENVERSICHERUNG

Diskussionsveranstaltung des Verbands der Ersatzkassen (vdek) zum Thema „Wie stabil sind die gesetzlichen Krankenversicherung und die soziale Pflegeversicherung?“, u.a. mit der Vorstandsvorsitzenden des vdek Ulrike Elsner, dem Abteilungsleiter Politik und Selbstverwaltung der vdek Dr. Jörg Meyers-Middendorf und dem Abteilungsleiter Gesundheit der vdek Oliver Blatt Verband der Ersatzkassen (vdek), Askanischer Platz 1, 10963 Berlin.